

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 088-2016
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.376

Eingereicht am: 11.04.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Hirschi (Moutier, PSA) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: vom
Direktion: Justizleitung
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Was kostet der Schutz eines SVP-Steuerschuldners?

Im Juni 2013 berichtete eine satirische Zeitung über die Steuersituation eines lokalen SVP-Politikers mit enormen Steuerschulden (rund 200 000 Franken Kantons- und Gemeindesteuern). Nach dieser Enthüllung reichte der besagte Politiker Anzeige gegen unbekannt ein. Der Staatsanwalt leitete zuerst eine polizeiliche Untersuchung ein und eröffnete dann ein strafrechtliches Untersuchungsverfahren. Dabei wurden mehrere Untersuchungshandlungen vorgenommen, wie zum Beispiel die Prüfung der Server der Steuerverwaltung, die Durchsuchung und Beschlagnahme der Computer der Gemeinde Moutier sowie die Anhörung der Verantwortlichen des kommunalen Steueramts.

Alle diese Massnahmen führten zu nichts. Es gab absolut nichts, was man der Gemeindeverwaltung von Moutier und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hätte vorwerfen können.

Bevor die Untersuchung eingestellt wurde, hat sich der Kläger in den Medien geäussert und die Gemeinde, ihre Verwaltung sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diskreditiert.

Der SVP-Schuldner, der eine Art steuerliche Straffreiheit zu geniessen scheint, die in der Bevölkerung für Empörung sorgt, hat ausserdem von einem enormen finanziellen und personellen Aufwand seitens der Polizei und der Staatsanwaltschaft profitiert, so dass man sich fragen kann, ob der Grundsatz der Verhältnismässigkeit in diesem Fall eingehalten worden ist.

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie hoch waren die zu Lasten der Steuerpflichtigen gehenden Gesamtkosten für dieses Verfahren?
2. Welche Ressourcen (Material und Mannstunden) wurden für diese Angelegenheit aufgewendet, sprechen die Staatsanwaltschaft und die Polizei doch ständig von Überlastung?
3. Wurden Durchsuchungen in den kantonalen Amtsstellen angeordnet oder sind kantonale Stellen aus Sicht der Berner Justiz über jeden Zweifel erhaben?
4. Wurde der Kläger von der Staatsanwaltschaft zur Ordnung gerufen, als er sich während des laufenden Verfahrens in den Medien lang und breit äusserte?
5. Hat der Staatsanwalt den Grundsatz der Verhältnismässigkeit eingehalten?
6. Wurde politischer Druck auf den Staatsanwalt ausgeübt?
7. Kam der Steuerschuldner bei seiner Klage auch noch in den Genuss einer unentgeltlichen Prozessführung?

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat